

Selbstzerstörung der Union



Von **Daniel Eckert**
Finanzredakteur

Stand: 11:48 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



WELT-Autor Daniel Eckert

Quelle: Claudius Pflug

Die noch zu bildende Rentenkommission soll die „Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragsbemessung“ prüfen. Das könnte der CDU und CSU viele Stammwähler kosten – und zwar aus guten Gründen.

Deutschland hat viele Probleme, aber eines überragt alle anderen. Es zu lösen, ist die Voraussetzung dafür, dass auch auf anderen Gebieten Besserung eintritt. Dieses Problem lautet: Es wird zu wenig investiert in unserem Land. Es ist dieser Mangel an privaten Investitionen, der maßgeblich auch die schwache Produktivitätsentwicklung erklärt. Als Folge davon erleben wir eine mehrjährige Wachstumsschwäche, eine deutsche Große Depression, die die Finanzierung des Sozialstaats, wie wir ihn kennen, infrage stellt.

Deutschlands Wirtschaft trägt die sozialen Sicherungssysteme und ermöglicht erst ihr Funktionieren. Darin gleicht sie dem mythischen Atlas, der den Kosmos auf seinen Schultern trägt. Mit Muskeln, die bereits merklich atrophiert sind, fällt es diesem Atlas immer schwerer, diese Last zu tragen. Die schwarz-rote Bundesregierung sieht sich an allen Ecken und Enden mit Problemen konfrontiert. Trotz Rekordverschuldung scheint nie genügend Geld da zu sein. Jüngstes Beispiel: das Rentenpaket. Um die unionsinternen Kritiker in der Rentendiskussion zu beschwichtigen, haben sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsausschuss auf einen Begleittext geeinigt (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article692969a8f699d171191f6b73/schwarz-rot-rente-verbrenner-bauen-darauf-hat-sich-die-koalition-geeignet.html>) . Doch der Text birgt Sprengkraft, nicht zuletzt für die Partei von Regierungschef Friedrich Merz selbst.

Eine Rentenkommission soll bis Mitte 2026 Reformvorschläge für die Alterssicherung in Deutschland erarbeiten. Einige der Punkte, die die Kommission prüfen soll, erscheinen sinnvoll, so soll die private Vorsorge gestärkt werden. Auch die Anpassung an die Preisentwicklung (statt der Lohnsteigerung) steht im Raum. Doch in dem Papier findet sich auch ein Passus, der inhaltlich hochgradig explosiv ist und das Zeug hat, die beabsichtigte Stärkung der privaten Vorsorge zu konterkarieren. In Zeile 78 steht, die Kommission solle die (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69294d436f6da91d7796651a/bundesregierung-klaviatur-der-renten-grausamkeiten-zuernt-die-linke-gruene-wollen-in-kommission-mitarbeiten-liveticker.html>) „Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragsbemessung“ prüfen.

Die Formulierung ist hinreichend schwammig gehalten, dennoch lässt sie bei vielen die Alarmglocken schrillen, erinnert sie doch an die Forderungen des als Wirtschaftsminister gescheiterten Grünen-Politikers Robert Habeck aus dem Wahlkampf (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article255114050/Habecks-Plan-zu-Sozialabgaben-auf-Kapitalertraeges-toesst-auf-heftige-Kritik-Sozialneid-der-Gruenen.html>) , Sozialversicherungsbeiträge auf Kapitaleinkünfte zu erheben. Für die Menschen, die privat vorsorgen, unter ihnen viele Selbstständige und Mittelständler, droht damit eine weitere Verschlechterung der Existenzbedingungen in Deutschland. Auch wenn es zuletzt Zeichen der Besserung gab, hinkt die private Vorsorge über den Kapitalmarkt hierzulande hinterher.

Zusätzlich Rentenversicherungsbeiträge auf alle Kapitaleinkünfte zu erheben, würde ein paar Milliarden Euro mehr in die Rentenkasse spülen, die jährlich mit mehr als 100 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt alimentiert werden muss, könnte der Kultur der Eigenverantwortung aber schweren Schaden zufügen und wäre daher im wahrsten Wortsinn kontraproduktiv: Es wäre netto-negativ für die private Vorsorge in Deutschland. Schon jetzt ist der Vermögensaufbau über die Börse erschwert, anders als etwa die USA hat es die Bundesrepublik nie vermocht, ein Vorsorgekonto einzuführen. Unterdessen kassiert der Staat jedes Jahr ordentlich ab, über Abgeltungsteuer, Solidaritätszuschlag oder Vorabpauschale.

Nur auf den ersten Blick moderat

Die Belastung von Dividenden ist nur auf den ersten Blick moderat. Abgeltungsteuer und Solidaritätszuschlag belaufen sich auf rund 26,4 Prozent. Vor der Ausschüttung sind die Erträge jedoch schon aus Unternehmensgewinnen besteuert worden. Bereits versteuerter Gewinn wird in Form der Dividende also noch einmal besteuert.

Sollten Kapitaleinkünfte jetzt noch zusätzlich der allgemeinen Rentenversicherungspflicht unterworfen werden, wäre das ein herber Schlag gerade für jene jungen Menschen, die ihre Vorsorge selbst in die Hand genommen haben und mittels Wertpapiersparplan vorsorgen. Kapitalmarkt-Investments sind immer mit Risiken verbunden. Kurzfristig lassen sich die Börsen nicht prognostizieren. Auf lange Sicht, das zeigt die Historie, greift jedoch der Zinseszinsseffekt, der die Marktwirtschaft auszeichnet. Dieser Effekt bescherte Anlegern in den vergangenen Dekaden im Schnitt eine jährliche Rendite von ungefähr acht Prozent.

Doch schon bei der jetzigen Besteuerung müssen – bei mehr als zwei Prozent Inflation – jährlich drei Prozent Rendite erzielt werden, allein um die Kaufkraft zu erhalten. Gehen noch Rentenversicherungsbeiträge ab, muss der Zuwachs bei vier Prozent pro Jahr betragen, um den Effekt von Inflation, Steuern und Zwangsbeitrag auszugleichen. Wer gerade mit Blick auf eine bald bevorstehende Rente eine defensive Anlagestrategie fährt, für den hieße das, dass es mit Kapitalanlagen kaum noch möglich wäre, eine Rendite zu erzielen, die oberhalb der Geldentwertung liegt. Die Anreize zum Investieren würden damit massiv abnehmen. Das Ergebnis wäre also genau das Gegenteil dessen, was Deutschland braucht, nämlich Investitionsbereitschaft.

Die Rentenkommission sollte das Zündeln mit der Idee lassen, Kapitaleinkünfte immer weiter zu belasten. Und falls die Kommission doch zum Schluss kommt, dass dieses Geld nötig ist, um die marode Rentenkasse aufzufüllen, sollte die Union die Forderung mit einem klaren Nein quittieren. Zahlreiche Selbstständige und Mittelständler haben ihre Altersvorsorge selbst in die Hand genommen und Kapitalvermögen aufgebaut, in der Erwartung, dass Investments in Produktivkapital langfristig am meisten Wohlstand schaffen. Macht eine unionsregierte Bundesregierung diese Lebensplanung der Selbstentscheider zunichte, werden CDU und CSU für viele Stammwähler unwählbar.

Sozialbeiträge auf Kapitaleinkünfte zu erheben, ist ein Plan, der der Selbstzerstörung der Union in der bürgerlichen Mitte nahekommt. Das ist kein Koalitionsfrieden wert, zumal ein Koalitionsfrieden, der der deutschen Wirtschaft eher schadet als nutzt. Der Atlas unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat schon jetzt zu viel zu tragen. Die Politik sollte ihm nicht noch in die Knie treten.